

## Bundesrat stellt sich hinter Rüstungsindustrie

Aktualisiert am 27.08.2008

**Ohne Gegenvorschlag lehnt der Bundesrat die Volksinitiative für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten ab – aus wirtschaftlichen und strategischen Gründen.**



Montage von Piranha-Panzern in der Mowag, Kreuzlingen: Der Bundesrat will den Export von Kriegsmaterial nicht verbieten. (Bild: Keystone)

Der Bundesrat hat die Botschaft ans Parlament verabschiedet und darin sowohl vor wirtschaftlichen wie auch vor sicherheitspolitischen Folgen der Initiative gewarnt, wie das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement (EVD) mitteilte.

### **Landesverteidigung in Gefahr**

Bei einem Ja zu dem Begehren würde der Schweizer Rüstungsindustrie nicht nur die Existenzgrundlage entzogen, sondern auch die gesamte Landesverteidigung in Gefahr gebracht, argumentiert der Bundesrat. Zudem

würden mit dem Volksbegehren auch Tausende von Arbeitsplätzen aufs Spiel gesetzt, und viel industrielles Know-how ginge verloren.

Um bei künftigen Exporten dennoch Konflikte möglichst zu vermeiden, hat der Bundesrat auch die Bewilligungskriterien für die Ausfuhr von Rüstungsgütern präzisiert. Dabei legte er unter anderem fest, dass eine Ausfuhr von Kriegsmaterial dann ausgeschlossen sein soll, wenn im entsprechenden Land die Menschenrechte systematisch und schwerwiegend verletzt werden.

### **Unter Führung der GSoA**

Die eidgenössische Initiative für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten war am 21. September 2007 mit 109'224 gültigen Unterschriften in Bern eingereicht worden. Hinter dem Begehren steht ein Bündnis von 35 Organisationen unter der Führung der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA). (cpm/ap/sda)

Erstellt: 27.08.2008, 11:08 Uhr